

Bern, 11. September 2012

Medienmitteilung

FDP-Liberale Fraktion einstimmig für Umsetzung von Gruppenanfragen in DBA

Keine Rückwirkung vor Inkraftsetzung von DBA oder Amtshilfegesetz

Die OECD hat Gruppenanfragen als Standard bei Amtshilfesuchen im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) beschlossen. Der Bundesrat hat in den Verhandlungen bei der OECD dieser Praxisänderung zugestimmt – sie ist nun umzusetzen. Das hat gemäss einstimmigem heutigen Entscheid der FDP-Liberale Fraktion in den Doppelbesteuerungsabkommen zu erfolgen. Obwohl das Steueramtshilfegesetz Gruppenanfragen nicht regelt, lässt es diese im Grundsatz zu. Sie müssen nun aber in den jeweiligen DBA umgesetzt werden, wie es beispielsweise im DBA mit den USA bereits erfolgt ist. Der Bundesrat hat nun analoge Bestimmungen in den anderen Doppelbesteuerungsabkommen zu verhandeln. Dabei muss er sich an die Grundsätze des Rechtsstaats halten und namentlich das Verbot der Rückwirkung beachten. In diesem Sinne lehnt die FDP-Liberale Fraktion grundsätzlich jegliche Rückwirkung ab.

Kontakte:

- › Nationalrätin Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
- › Nationalrat Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79
- › Nationalrat Fulvio Pelli, 079 230 02 03
- › Nationalrat Ruedi Noser, 076 355 66 64
- › Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63
- › Philippe Miauton, Pressesprecher, 079 277 68 41